

ECUADOR

Niebels einsamer Kampf gegen Yasuní

Ecuador will einen Nationalpark vor Ölbohrungen verschonen, wenn die Welt dafür zahlt. Auch die Bundesregierung ist dafür - nur der Entwicklungsminister nicht.

VON Steffen Trumpf | 06. Oktober 2011 - 16:36 Uhr

© Georg Alexander/dpa



Der Yasuní-Nationalpark in Ecuador (Luftaufnahme vom November 2004)

Ecuador ist ein kleines Land. Doch eine Idee des ecuadorianischen Präsidenten hat das Zeug zu einer großen Revolution. Sie könnte unseren Umgang mit den Schätzen der Natur grundlegend ändern. Wäre da nicht ein einflussreicher Gegenspieler: der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel.

Bereits im September 2007 hatte Ecuadors Präsident Rafael Correa der Welt angeboten, auf ertragreiche Ölbohrungen im Nationalpark Yasuní zu verzichten. Die internationale Gemeinschaft sollte für die Hälfte der entgangenen Gewinne aufkommen. "Wir wären bereit, auf die Hälfte unserer Einnahmen zu verzichten, wenn uns die Welt die andere Hälfte erstattet", sagte Correa.

Der Wert der rund 850 Millionen Barrel Öl, die unter dem Reservat lagern, wird auf mehr als sieben Milliarden Dollar geschätzt. Mehr als dreieinhalb Milliarden Dollar müsste die internationale Gemeinschaft also beisteuern. Das Geld soll in einen Treuhandfonds fließen, damit garantiert werden kann, dass Ecuador auch wirklich auf die Bohrungen verzichten würde.

Die Herausforderung, etwas nicht zu tun

Die Angelegenheit ist vielmehr als bloß ein nationales Problem Ecuadors. Es geht um die grundsätzliche Frage: Verzichtet die Welt aus Gründen der Nachhaltigkeit darauf, Profit zu

erwirtschaften? Um es mit den Worten eines Werbeplakates der ecuadorianischen Botschaft zu sagen: Meistert die Welt die Herausforderung, "etwas nicht zu tun, obwohl man es könnte"?

Jedoch haben erst wenige Staaten in den Fonds eingezahlt. Spanien überwies 1,4 Millionen US-Dollar, Australien 500.000, aus der belgischen Region Wallonien gingen 436.000 US-Dollar ein. Peru trägt 300.000 bei, Kolumbien 100.000. Auch andere Länder wie die Türkei und Chile lieferten zunächst hauptsächlich symbolische Beiträge. Italien immerhin erließ Ecuador millionenschwere Schulden, die dem Fonds zugute kommen.

Ein Problem für die Organisatoren der Initiative: Die Regierungen der USA, Chinas und in Russlands beteiligen sich laut der ecuadorianischen Botschaft in Berlin nicht an dem Programm. Deshalb hofft Ecuador auf die Europäische Union, die ihr Mitwirken wie mehrere Organisationen und Privatpersonen zugesichert haben. Auch die Schweiz, Kanada und Kalifornien wollen Yasuní finanziell unterstützen. Hinzu kommt Unterstützung von Berühmtheiten wie Michail Gorbatschow, Leonardo di Caprio, Edward Norton und Prinz Charles oder von milliardenschweren Gönnern wie dem brasilianischen Bauriesen Odebrecht. Amy Mertl, Biologin an der Boston University, sagt stellvertretend für Dutzende weitere Intellektuelle, die das Projekt retten wollen: "Die Erhaltung des Yasuní kann als eine Frage von weltweiter Bedeutung gesehen werden."

Auch in Deutschland gibt es viele Befürworter des Projektes. Unter der großen Koalition wurden jährliche Zahlungen von 40 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Seit Schwarz-Gelb regiert, gibt es allerdings ein Problem: Dirk Niebel ist strikt gegen das Projekt. Der Entwicklungsminister hält nichts davon, dass Ecuador dafür belohnt wird, dass es eben nichts tut. "Ich richte auch keinen Fonds als Belohnung dafür ein, dass vor Somalia keine Schiffe mehr von Piraten überfallen werden", schrrieb Niebel in der taz. Deutschland wolle nicht in die Yasuní-Initiative, sondern in das UN-Programm *Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*, kurz Redd+, investieren, hieß es im Entwicklungsministerium (BMZ). Die Organisatoren in Ecuador befürchten nun, dass Deutschlands Ablehnung dazu führen könnte, dass auch andere Länder in der EU kein Geld für Yasuní geben wollen. Das deutsche Nein könnte durchaus zum Scheitern der Kampagne führen. Das Kuriose dabei ist: Innerhalb der Bundesregierung ist es allein das BMZ, das die Initiative ablehnt.

Denn auch die Christdemokraten sind für eine Bezuschussung der Yasuní-Initiative. "Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich für einen finanziellen Beitrag Deutschlands für ... Yasuní ... aus", schrieben die Abgeordneten Christian Ruck (CSU) und Anette Hübinger (CDU). Dadurch würde ein wichtiges politisches Signal in Richtung der anderen europäischen Geberländer gesandt. "Im Umfeld laufender internationaler Verhandlungen über den Schutz der Biodiversität kann ein Modellfall große Bedeutung erlangen", sagte Ruck ZEIT ONLINE. Auch innerhalb der FDP gibt es vereinzelt Zustimmung für die Yasuní-Idee. Der Bundestagsabgeordnete Harald Leibrecht etwa hält das Projekt für "eine

begrüßenswerte Initiative". Das Gros der Fraktion vermeidet es aber , gegen den Minister zu opponieren.

Kritische Worte kommen von der Opposition. "Die Haltung Dirk Niebels ist katastrophal und ignorant", sagt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD, Sascha Raabe. Merkel müsse den "starrsinnigen Minister" endlich zur Ordnung rufen, denn Niebels Haltung schädige die deutschen Beziehungen nach Südamerika und falle am Ende auch auf die Kanzlerin und Umweltminister Röttgen – beide gelten als Befürworter des Yasuní-Projektes – zurück. "Der Yasuní-Nationalpark darf nicht der Betonkopf-Mentalität von Dirk Niebel geopfert werden", sagt Raabe.

Ähnlich sieht es Ute Koczy, die Zuständige für Entwicklungspolitik der Grünen: "Niebel verändert die Linie der deutschen Politik." Die Zusage Deutschlands hatte der Minister nach seinem Amtsantritt rückgängig gemacht. So verliere Deutschland seine Rolle als weltweites Vorbild der Entwicklungspolitik, sagt Koczy.

Der deutsche Beitrag zur Rettung des Nationalparks sei kein überdimensionaler Betrag im Vergleich zu den Geldern, die Deutschland in der Schuldenkrise ausgabe , sagt die entwicklungspolitische Sprecherin der Linken, Heike Hänsel. "Die Piraten-Aussage zeigt, wie der Minister tickt." Ginge es nach Hänsel, sollte die Initiative von nun an vom Umweltministerium behandelt werden. "Der Yasuní-Nationalpark darf nicht für die ideologische Verbohrtheit einer desolaten FDP und ihres Entwicklungshilfeministers geopfert werden", sagt Hänsel.

Niebel will mit seiner Haltung einen Präzedenzfall vermeiden, so sein Hauptargument. "Ein großer Teil der Ressourcenvorkommen lagern in Entwicklungs- und Schwellenländern", schreibt Niebel. Eine Zusage für Yasuní werde in immer neuen Forderungen münden.

Mehr als 400 Millionen Tonnen weniger Kohlendioxid

Derzeit aber geht es nur um Yasuní. Die Gründe gegen eine Ölbohrung dort liegen auf der Hand: Die Biodiversität des Nationalparks ist einzigartig. Nirgendwo auf der Welt ist die Artenvielfalt größer: Es gibt 2.274 Baum- und Buscharten, 593 entdeckte Vogelarten, 150 Amphibien- und 121 Reptilienarten in dem Reservat. Nirgendwo sonst leben mehr Insektenarten als im Yasuní . Eintausend Flüsse durchkreuzen den insgesamt fast eine Million Hektar großen Nationalpark. Außerdem leben mit den Tagaeri und den Taromenanen zwei indigene Völker in dem Reservat.

Die Anthropologin Doreen Montag, die die ecuadorianische Botschaft in Berlin extra aus Canberra eingeflogen hat, damit sie über die Risiken einer Zerstörung des Yasunís referieren kann, lenkt den Blick von den ökonomischen Interessen auf die gesundheitliche Ebene: "Es geht um viel mehr als um Geld. Ecuador gibt uns die Möglichkeit, unsere Beziehung zu unserem Planeten zu überdenken." Deutschland könne sich nicht abschotten, denn dieses Problem sei international. Es gehe schlichtweg um das höchste globale

Allgemeingut: um Weltgesundheit. Immerhin 407 Millionen Tonnen Kohlendioxid blieben der Menschheit erspart, falls das Öl nicht ausgebeutet wird.

Für Ecuadors Botschafter in Deutschland, Jorge Jurado, ist die Initiative mittlerweile zu einer Herzensangelegenheit geworden, das sieht man dem kräftigen Mann mit dem langen Bart und der tiefen Stimme an den Augen an. Trotz aller Bemühungen vonseiten Ecuadors sei Entwicklungsminister Niebel weiterhin zu keinen Verhandlungen bereit. "Er pocht auf die andere Variante", sagt der Botschafter: auf Redd+. Diesem steht Ecuador mit großer Skepsis gegenüber. Das Programm Redd+ setze sich gegen die Abholzung der Wälder ein, vernachlässige aber die weiteren Aspekte wie den Schutz der Artenvielfalt und indigenen Völker. Die Yasuní-Initiative schaffe dagegen eine "Win-Win-Situation" – Jurado benutzt damit einen Terminus, den auch Dirk Niebel immer wieder in seine Reden einbaut.

Obwohl Jurado von keinem zeitlichen Druck spricht, tickt nun die Uhr, um das Projekt voranzutreiben. "Hoffentlich gibt die ecuadorianische Regierung den Gebern weiterhin Zeit", sagt SPD-Mann Raabe. Bis 2013 soll Correas Regierung den Ländern Zeit zum Überdenken der Haltung lassen – bis zum möglichen Regierungswechsel in Deutschland.

Wenn dann das Geld nicht zusammengekommen ist, werden im Nationalpark Yasuní wohl die Bohrgeräte anlaufen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/yasuni-niebel>